



Finanzierungsprobleme der GKV bis 2025

Andreas Storm, Vorstandsvorsitzender der DAK-Gesundheit

A U S G A N G S L A G E

Finanzielle Handlungsfähigkeit der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

Mit der aktuellen Gesetzgebung (GVWG) hat der Bundestag die Sozialgarantie bis 2022 verlängert. Der durchschnittliche Zusatzbeitrag wird gesetzlich auf **1,3 Prozent** festgeschrieben. Der Bundeszuschuss wird zusätzlich um **7 Milliarden Euro** erhöht. Über die endgültige Höhe des Bundeszuschusses soll noch vor der Bundestagswahl entschieden werden.



LEITFRAGEN

Zentrale Fragen zur finanziellen Handlungsfähigkeit der GKV

- Wie hoch wird der tatsächliche Finanzbedarf für 2022 sein?
- Wie werden sich die Finanzen in der GKV in den Jahren bis 2025 entwickeln?
- Unter welchen Voraussetzungen und wie lange kann der durchschnittliche Zusatzbeitrag stabil bleiben?
- Wie hoch müsste ein auskömmlicher Steuerzuschuss sein?



GRÜNDE FÜR STEIGENDEN FINANZBEDARF

IGES-Studie zeigt:

Die Handlungsfähigkeit der GKV ist in der kommenden Legislaturperiode bedroht. Die Politik muss eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung nachhaltig sicherstellen. Hauptgründe für den steigenden Finanzbedarf sind:



Kostenintensive Gesetzgebung (z.B. TSVG, KHZG) unter Gesundheitsminister Jens Spahn. Die enormen Kostensteigerungen werden erst ab dem Jahr 2022 deutlich sichtbar



Langfristige finanzielle Folgen der **Corona-Pandemie** sind noch nicht schätzbar



Ausgabensteigerung durch **medizinisch-technischen Fortschritt** und **Innovationen**



Der **demographische Wandel** wirkt sich auch auf die Kosten des Gesundheitswesens aus

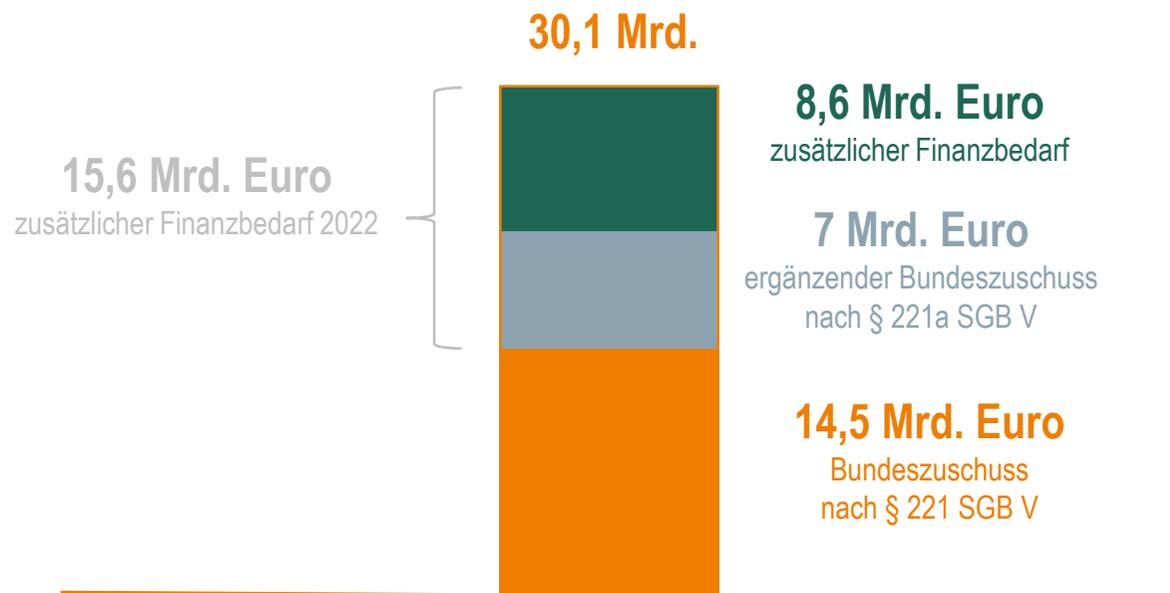
ZUSÄTZLICHER FINANZBEDARF 2022

1. Kurzfristiger zusätzlicher Finanzbedarf 2022:

- Per Gesetz (§ 221a SGB V) wird der durchschnittliche Zusatzbeitrag von **1,3 Prozent** stabil gehalten (Sozialgarantie)
- Finanzielle Auswirkungen: Die gesetzlichen Krankenkassen haben für das Jahr 2022 einen zusätzlichen Finanzbedarf von **15,6 Milliarden Euro**
- Der Finanzbedarf liegt somit 8,6 Milliarden Euro über den derzeit von der Bundesregierung im Haushalt veranschlagten **7 Milliarden Euro**
- Der erforderliche höhere Bundeszuschuss muss vor der Bundestagswahl im September angepasst werden.

ZUSÄTZLICHER FINANZBEDARF 2022

Grafik: Aufteilung zusätzlicher Finanzbedarf 2022 in Milliarden



„Finanzbedarf liegt deutlich über den im Haushalt eingeplanten 7 Mrd. Euro, um Zusatzbeitrag bei 1,3 Prozent zu halten.“

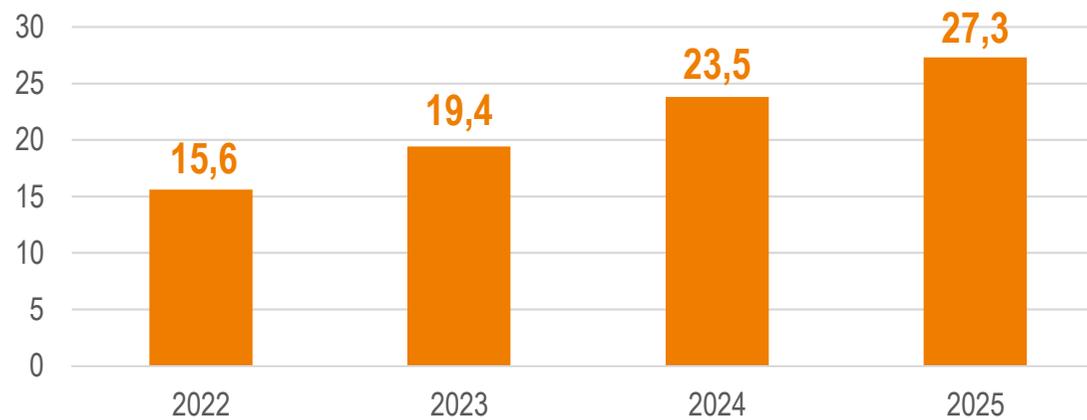
FINANZBEDARF BIS 2025 & ZUSATZBEITRAG

2. Mittelfristiger Finanzbedarf bis zum Jahr 2025 und Entwicklung Zusatzbeitrag:

- Nach den aktuellen Berechnungen des IGES-Institutes für die DAK-Gesundheit wächst der zusätzliche Finanzbedarf der GKV in der kommenden Legislaturperiode bis 2025 stetig auf rund **27 Milliarden Euro** an
- Konsequenz: Schon 2023 droht für die Versicherten ein Beitragssatzsprung um 1,2 Prozentpunkte. Das wäre fast eine Verdopplung des Zusatzbeitrages und der **historisch größte Anstieg in GKV-Geschichte**
- Bis **2025** könnte der durchschnittliche Beitragssatz um **1,6 Prozentpunkte** ansteigen

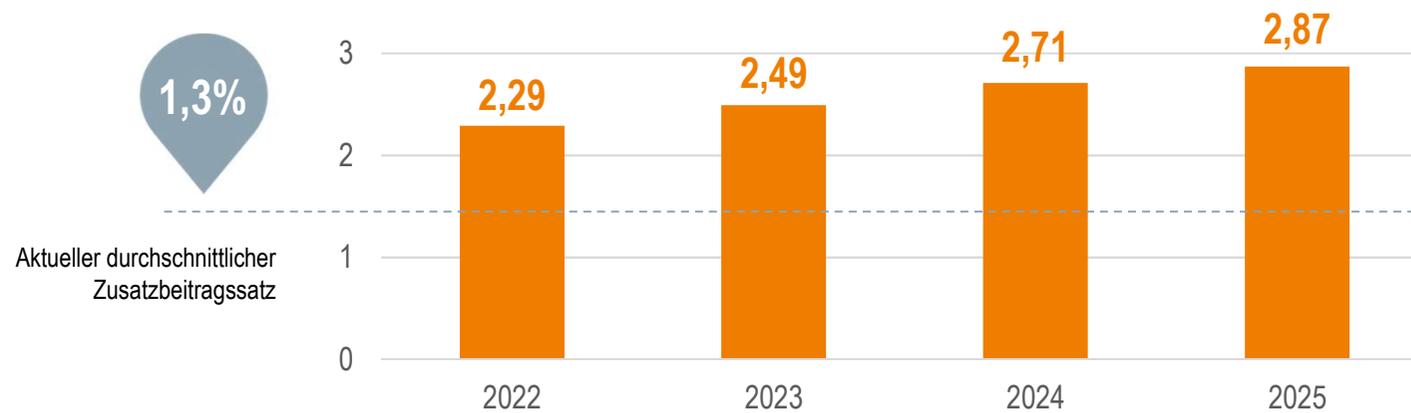
FINANZBEDARF BIS 2025

Grafik: Zusätzlicher Finanzbedarf der GKV bis 2025 in Milliarden Euro



ENTWICKLUNG ZUSATZBEITRAG BIS 2025

Grafik: Rechnerischer durchschnittlicher Zusatzbeitrag bis 2025 in Prozentpunkten



IGES-Berechnungen zum kurz- und mittelfristigen Finanzbedarf der GKV & versicherungsfremde Leistungen

Vortrag Dr. Martin Albrecht

VERSICHERUNGSFREMDE LEISTUNGEN

Forderungen der DAK-Gesundheit:



Es ist eine konkrete Definition versicherungsfremder Leistungen erforderlich.



Die aktuellen Kosten der definierten versicherungsfremden Leistungen müssen erfasst werden



Es ist über eine angemessene Steuerfinanzierung und Dynamisierung zu entscheiden

FORDERUNGEN DER DAK-GESUNDHEIT

- Das vorliegende IGES-Gutachten für die DAK-Gesundheit untermauert die **Notwendigkeit eines Kassensturzes** in der GKV nach der Bundestagswahl.
- Am Beginn der kommenden Legislaturperiode muss **eine grundlegende Reform der GKV-Finanzen** erfolgen, um eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen.
- Um die Beiträge zur GKV mittelfristig stabil zu halten, ist eine – ordnungspolitisch ohnehin gebotene – **schrittweise Anhebung der Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen** notwendig.
- Darüber hinaus bedarf es umfassender **Strukturreformen im Gesundheitswesen**, um Effizienzpotenziale zu heben und gleichzeitig Versorgungsverbesserungen für die Versicherten zu ermöglichen.



DANKE
FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT

